

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit für einen Monat einchl. Bringerlohn 150 G.-Pfg., für Selbstabholer 140 G.-Pfg. — Durch die Post 2 G.-M. ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon Sammelnummer 72208 **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. u. m.: die 10geleit. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Ausnahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Keine Räumung der Kölner Zone.

Der Beschluß der Völkerverkonferenz.

SPD. Paris, 27. Dezember. Die Völkerverkonferenz versammelte sich am Sonnabendvormittag um 11 Uhr unter Vorsitz von Cambon, um zur Räumung der Kölner Zone Stellung zu nehmen. Die militärischen Sachverständigen der an der Konferenz beteiligten Regierungen, darunter auch Marshall Foch mit seinem Generalstabschef General Destecker, nahmen an dieser Sitzung teil. Dagegen war der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, im Widerspruch zu den Ankündigungen nicht anwesend.

Die über den Verlauf der Sitzung herausgegebene amtliche Meldung stellt fest, daß die Konferenz eine volle Übereinstimmung der Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan über die Frage der Kölner Zone ergeben und daß sie das Verfahren über die Mittelung des Beschlusses der Völkerverkonferenz an Deutschland festgelegt habe. Darauf sei die Konferenz sofort in die Prüfung des Inhalts der Note eingetreten, die die alliierten Regierungen an die deutsche Regierung vor dem 10. Januar zu richten gedenken. Das Datum für eine neue Sitzung der Konferenz wurde noch nicht festgelegt. In ihr soll die Völkerverkonferenz Kenntnis nehmen von dem Textentwurf, dessen Ausarbeitung ihrem Sekretariat anvertraut worden ist.

Das Abendblatt Paris soll wissen, daß für das Verfahren der Uebermittlung der Note zwei Formeln vorgeschlagen wurden. Nach der einen soll der Vorsitzende der Völkerverkonferenz der deutschen Regierung eine Mitteilung von der Feststellung der Beschlüsse des Deutschen Reiches machen und zu gleicher Zeit sollen die Regierungen von Frankreich, Großbritannien und Belgien getrennt der deutschen Regierung die Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone bekanntgeben. Nach der zweiten Formel soll eine gemeinsame Mitteilung der drei erwähnten Regierungen, begleitet von einem gemeinsamen Schritt der Völkerverkonferenz in Berlin, erfolgen. Es ist jedoch nicht bekannt geworden, für welche von diesen beiden Formeln die Völkerverkonferenz sich entschieden hat. In der Sitzung sei lediglich die Frage erörtert worden, wie die Nicht-räumung der Kölner Zone zu begründen sei; über den letzten Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission sei nicht beraten worden. Aus der amtlichen Meldung geht überdies hervor, daß noch weitere Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen in dieser Angelegenheit geführt werden.

SPD. Paris, 28. Dezember. Das Journal schreibt zu dem Beschluß der Völkerverkonferenz, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen, daß die Hinausschiebung der Räumung keine endgültige Lösung der Frage darstelle. Die Verlängerung der Offensiven würde nur eine endgültige Regelung sein, wenn man Deutschland bekanntgäbe, daß diese so lange dauern würde wie die Kontrollkommission Beschlüsse nachweise. Diese Möglichkeit würde jedoch nicht in Erwägung gezogen und dies sei zweifellos besser, denn niemand könne an die endlose Verlängerung dieses Zustandes denken, und man müsse endlich die Kontrollmaßnahmen als ungenügend ansehen. Dann sei die einzige Garantie gegen einen deutschen Angriff, solche Bündnisse einzugehen.

Die Völkerverkonferenz, so schreibt der Matin, tritt am nächsten Mittwoch zusammen, um über den Text einer an Deutschland zu richtenden Note und über die Modalitäten der Uebergabe zu beraten. Diesem wichtigen Dokument wird ein Begleitschreiben beigefügt werden, das die Hauptverschlüsse Deutschlands aufzählt. Das Begleitschreiben wird die angelegentlichste Veröffentlichung des Berichts der Kontrollkommission überflüssig machen. In gewissen englischen Kreisen glaubt man, daß die Entscheidung der Völkerverkonferenz das Erstarken der nationalistischen Strömung in Deutschland zur Folge haben wird. Wenn es aber erforderlich ist, Deutschland zu gestatten, mächtiges Kriegsmaterial wiederherzustellen, um das Erwachen des Nationalismus zu verhindern, so werde wohl keine von den alliierten Regierungen nach ihren Pflichten handeln. Jedenfalls hat die französische Regierung weise gehandelt, indem sie der Öffentlichkeit die jetzt in Deutschland gemachten Entdeckungen von Waffendepots bekanntgegeben hat.

Der Quotidien macht den rechtsradikalen Bloch dafür verantwortlich, daß der militärische und nationale Geist in Deutschland noch so stark geblieben sei. Die jüngst in Deutschland gemachten Entdeckungen von Waffendepots würden von einer nicht so weitgehenden Bedeutung sein, wenn Frankreich schon seit langem den Weg beschritten hätte, den Herriot seiner Außenpolitik gewiesen habe. Der Quotidien gibt keine völlige Zustimmung zum jüngsten Beschluß der Völkerverkonferenz, denn es sei erforderlich, daß Deutschland die Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen bühne. Deutschland müsse jedoch zur gleichen Zeit wissen, daß, wenn es den Willen zum Frieden und zur Wiederherstellung zeige, es Frankreich stets zur lokalen Verständigung bereit finde. Dies sei die einzige ehrliche Politik, dies sei auch die einzige vernünftige Politik, denn nie werde diese Kontrolle Frankreich dauernd Ruhe und Sicherheit geben.

SPD. London, 28. Dezember. Der Daily Herald schreibt am Sonnabend zu dem Räumungsproblem: Die Entschließung der Völkerverkonferenz bedeutet eine definitive Rückkehr zu den Methoden von 1919. Es bedeutet, daß der Kriegsgott noch immer herrscht und daß Deutschland noch immer als Feind betrachtet wird, dem man diktiert, nicht als ein Gegner, mit dem man gemeinsam ein neues Europa aufbaut. Es ist ein tragisches Beispiel für politische Blindheit, daß man von diesem

Vorgehen der Sicherheit Frankreichs zu dienen glaubt. Diese Sicherheit würde garantiert dadurch, daß man sich Deutschland zum Freund erwidert und dadurch, daß man allgemein entwaffnet. Diese Sicherheit kann nicht dadurch herbeigeführt werden, daß man versucht, Deutschland allein dauernd in einem Zustand militärischer Unterordnung zu erhalten, noch dadurch, daß man ausländische Truppen auf deutschem Boden beläßt. Die Enttäuschung darüber, daß die erwartete Räumung nicht stattfinden wird, muß in Deutschland größte Bitternis hervorrufen. Man muß dort das Gefühl haben, daß man bei der Uebernahme der Dawes-Banken betrogen worden ist und daß es kein anderes Mittel der Abhilfe gibt als die nackte Gewalt. Die militärischen und nationalistischen Parteien werden gestärkt werden, die gesunden friedlichen Strömungen werden geschwächt.

Reichswehrminister Dr. Gessler über die Entwaffnung.

SPD. Der Reichswehrminister Dr. Gessler gewährte einem Mitarbeiter des Berliner Tageblatts eine Unterredung, in der er sich über die Entwaffnung und die Räumung der ersten Zone aussprach. Dr. Gessler sagte u. a. aus: Poincaré halte in London schon die These aufgestellt, daß die im Vertrag von Versailles für die Räumung vorgeschriebenen Fristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten. Die französische Politik hat angesichts des Widerstandes der ganzen Welt gegen eine solche Argumentation einen anderen Weg eingeschlagen. Man sucht jetzt Stimmung zu machen, daß Deutschland nicht abgerüstet hat. Dazu werden Tag für Tag Schauerreden über die deutsche Rüstung in die Welt geschickt, die stark an die Kriegsgreuelpropaganda erinnern, und denen gegenüber die jetzt maßgebenden Pariser politischen Kreise leider den nötigen Abstand zu verlieren scheinen. Die französische Presse gebärdet sich in den letzten Wochen, als ob tatsächlich eine Reihe ganz schwerer Verstöße von der Kommission festgestellt worden sei. Die erste, ganz allgemeine Behauptung war die von der Obstruktion Deutschlands gegen die Generalinspektion. Da nun fast 1800 Kontrollbesuche — meistens ohne Reibung — durchgeführt sind, da die Interalliierte Militärkontrollkommission zugeben muß, daß sie in jeder Kategorie, in jedes Gebäude, in jede Fabrik und in jeden Raum Zutritt gefunden hat, läßt sich diese Erklärung wirklich nicht aufrechterhalten.

Dann hat man ganz allgemein behauptet, es seien große heimliche Waffenlager aufgefunden worden. Die Wahrheit ist, daß die Kommission keinen Fund von irgendwelcher Bedeutung gemacht hat. Daran ändern auch nichts die allerneuesten Behauptungen. Die erste große Sensation war die Nachricht von einem großen Geschützfund auf dem Truppenübungsplatz Königsdorf. Es stellte sich hier heraus, daß die angeblich verheimlichten Geschütze 14 alte Zielgeschütze waren, die seit langen Jahren als Zielscheiben dienten und die auch die Spuren dieses Gebrauchs zeigten. Die nächste große Nachricht war der angebliche Fund von Ausüstungsmaterial für 3 Divisionen. Den Kern dieser Sage bildete der Fund von 20 alten Sätteln, 43 verrosteten Karabinern und Gewehren, 15 alten Maschinengewehrteilen ohne Gewehre und einigem Zubehör bei einem Dresdner Reiterregiment. Wertwüßigerweise wurde ein Fund von 277 Seitengewehren und 31 Säufen in Dessau wenig ausgeschachtet, dagegen zeigte es die Phantasie der französischen Berichterstatter, daß in einem alten zugebauten Gang der Schießstände in Ruhleben ein Fund gemacht wurde. Es handelte sich nur um verrostete Wasserfaß für Maschinengewehre, die nicht einmal mehr das Einschlagen lohnten. Daß sich an einen Namen wie Krupp knüpfen würden, war zu erwarten. Die französische Presse hat denn auch in den letzten Tagen berichtet, daß dort 25 000 Gewehre für Gewehrkläufe entdeckt worden seien. Diese Gewehrkläufe sind tatsächlich bei Krupp. Sie sind eine Bestellung der Firma Simson in Sucht, die uns als Waffenlieferant von der Kommission selbst vorgeschrieben worden ist und die, ebenfalls nach den Bestimmungen der Kontrollkommission, diese Halbfabrikate bei dem Werke Annen der Firma Krupp zu bestellen hatte. Im übrigen ist es eine phantastische Vorstellung, daß bei den Kruppischen Werken im besetzten Gebiet, in denen es von französischen Werten wimmelt, überhaupt die heimliche Fabrikation von Kriegsmaterial möglich sei. Die Pariser Presse beschäftigt sich ferner mit dem Fund einer größeren Anzahl Stahlstäbe bei Wörps in Teublitz. Ueber diese Angelegenheit schwebt zurzeit ein Schriftwechsel zwischen der I.M.K. und den zuständigen Stellen der Reichsregierung.

Die Wehrmachtsüberwachung bildete dann ein angeblicher Riesenfund von 40 000 Stahlstäben für die Fabrikation von Gewehren und von Maschinengewehren. An diesem Fall ist die Reichswehr überhaupt nicht beteiligt. Am 23. Dezember hat die Kontrollkommission in den Berlin-Karlshagen Industriewerken in Wittenau in einem Lagerhause 40—45 000 sogenannte „Rohlinge“ gefunden. Das sind Stahlstäbe, aus denen man Gewehrkläufe machen kann. Nun fabriktiert diese Fabrik aber Jagd- und Sportwaffen, Granatbein Indium, das geplant war, aus diesen Rohlingen Militärwaffen und nicht Jagd- und Sportwaffen zu machen, liegt nicht vor. Die Stäbe waren auch nicht etwa verrostet, sondern lagern seit 1919 oder vielleicht noch länger in alten Holzverfäßen, deren Türen nicht einmal verschließbar waren und die deshalb mit einem Stapel nordwärts zugeschlagen waren. Rund 10 000 von diesen Rohlingen haben ein etwas größeres Format. Um diese Stäbe zu verwerten zu können, hat die Firma schon vor längerer Zeit der Interalliierten Militärkontrollkommission einige Musterstücke davon mit Vorläufen über die Verarbeitung in doppeltelastige Jagdflinten geschickt. Auch das spricht nicht gerade für die Heimlichkeit dieses Lagers. Das ist der Tatsachentern, der den Sensationsmeldungen der französischen Presse zugrunde liegt.

Vor neuen Gefahren.

Die Entscheidung über die Räumung der Kölner Zone ist am Sonnabend gefallen. Wahrscheinlich schon am Silbesterstag werden die Alliierten der deutschen Regierung eine Note überreichen, in der der Standpunkt der Völkerverkonferenz eingehender präzisiert wird. Sie fülle ihre Entscheidung nach einem Gutachten, das der französische Generalstabschef Foch erstattete. Danach scheine es ausgeschlossen, daß Deutschland bis zum 10. Januar 1925 die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages restlos erfülle, und demzufolge könne die Räumung der Kölner Zone gemäß der Paragraphen des Versailler Vertrages nicht beschlossen werden.

Seit Wochen bereits orakelt die nationalistische Presse in Frankreich und England über die Verstöße, die sich Deutschland in der Frage der Abrüstung zuschulden kommen ließen. General Foch präzisiert vier verschiedene Punkte, die wir unseren Lesern bereits unterbreitet haben, und auf Grund deren festgestellt wurde, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht restlos nachgekommen sei. Bis zur Stunde liegt das Gutachten der Interalliierten Militärkontrollkommission nicht vor, so daß außer den wenigen Eingeweihten niemand imstande ist, ein endgültiges Urteil über den Stand der Abrüstungen und die Feststellungen des Generals Foch zu fällen. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß sich die Nationalisten und Militaristen auf beiden Seiten des Rheins wieder geschickt in die Hände arbeiten, so daß sich die Tatsache, daß nichts internationaler ist als der Nationalismus, erneut als richtig bestätigt.

Das Räumungsproblem wird kompliziert durch die Befehung des Ruhrgebietes. Würde England denselben Standpunkt vertreten, den es während der Ruhrkampagne des Jahres zur Geltung brachte, als es erklärte, die englischen Truppen ohne weiteres aus der Besetzungszone zurückzuziehen, dann würden die französischen Besatzungstruppen an der Ruhr völlig in der Luft hängen. Sie wären durch ein weites Gebiet getrennt von der eigentlichen Operationsbasis in Frankreich. Herriot weigerte sich bereits während der Londoner Verhandlungen, die Räumung des neubesetzten Gebietes unmittelbar vorzunehmen. Jedermann weiß, wie in den letzten Phasen der Londoner Konferenz um die Lösung dieses Problems gekämpft wurde. Zunächst vertraten die französischen Unterhändler den Standpunkt, daß die Räumung des Ruhrgebietes ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Dawesgutachtens erfolgen solle. Zuletzt machte Herriot die Konzeption, daß bereits am 15. August 1925 sämtliche Truppen aus der Ruhrkampagne zurückgezogen werden sollen. Herriot folgte bei der Lösung dieser Frage zweifellos den starken Einflüssen, die die französischen Nationalisten noch heute auf die Regierung haben, und da sich seine Position inzwischen wesentlich verschlechtert hat, ist er kaum geneigt, weitere Konzeptionen zu machen. Als daher der neue Außenminister des englischen Kabinetts vor der letzten Tagung des Völkerbundes in Rom, Paris berührte, hat eine eingehende Aussprache über die Räumungsfrage stattgefunden. England besand sich seinerzeit inmitten der Wirren, die sich um die Ermordung des Sirbars in Ägypten ergeben hatten. Man erwog die Lösung des ägyptischen Problems durch eine Entscheidung des Völkerbundes. Demgegenüber vertrat das konservative Kabinett die Auffassung, daß Ägypten ein integrierender Bestandteil des britischen Imperiums sei und daß demzufolge der Völkerbund in die ägyptischen Fragen nichts hineinzubringen habe. Formal wurde dieser Standpunkt damit begründet, daß Ägypten nicht Mitglied des Völkerbundes sei und daß er demzufolge kein Recht habe, einen Schiedspruch zu fällen.

Dazu kam die marokkanische Frage, das Rückweichen Spaniens vor den Rifabulen. Damit ergab sich für Frankreich die Notwendigkeit, der marokkanischen Angelegenheit erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und man beschloß, das ägyptische Problem aus der Kompetenz des Völkerbundes auszuschneiden, dagegen erhielt Frankreich in Marokko freie Hand. Als Äquivalent für das Entgegenkommen der französischen Regierung in der ägyptischen Frage dürfte der englische Außenminister entsprechende Konzeptionen in der Räumung des Kölner Gebiets gemacht haben.

Demzufolge stand bereits seit Wochen fest, daß weder in Paris noch in London Neigung vorhanden war, den Räumungsparagrafen von Versailles zu entsprechen und es handelte sich lediglich darum, eine entsprechende Begründung dafür zu erhalten. Bekanntlich verlangte die Völkerverkonferenz um die Wende des August, daß sich Deutschland einer letzten Generalkontrolle zu unterwerfen habe, dann sollte der Völkerbund als Ueberwachungsinstanz über die Rüstungen Deutschlands bestellt werden. Seitdem haben gegen 1800 Kon-